

# presse

---

## **Mindestlohn im Gastgewerbe ist nötiger denn je**

Zur Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zu den Arbeits- und Ausbildungsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe (Bundestags-Drucksache 17/9320) erklärt die stellvertretende tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Gabriele Hiller-Ohm:

Der Tourismusboom in Deutschland geht an den Beschäftigten im Gastgewerbe vorbei. Das zeigt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion. Die Lohntüte von Vollzeitbeschäftigten in Hotels und Gaststätten ist im Durchschnitt mit 1.425 Euro nur halb voll – im Vergleich zu 2.700 Euro in allen Branchen. Die Bundesregierung sieht tatenlos zu. Dabei ist ein gesetzlicher Mindestlohn nötiger denn je, sagt Gabriele Hiller-Ohm.

Die Antwort der Bundesregierung zeigt: Der Tourismusboom in Deutschland geht an den Beschäftigten im Gastgewerbe vorbei. Immer mehr Menschen sind arm trotz Arbeit. Jeder Zweite im Gastgewerbe hält sich mit einem Minijob oder kurzfristiger Saisonarbeit über Wasser. Über 150.000 Beschäftigte sind zusätzlich auf Arbeitslosengeld II angewiesen, um ihre Existenz zu sichern - mehr als jeder Dritte von ihnen sogar trotz sozialversicherungspflichtiger Arbeit.

Die Lohntüte von Vollzeitbeschäftigten in Hotels und Gaststätten ist im Durchschnitt mit 1.425 Euro nur halb voll im Vergleich zu 2.700 Euro in allen Branchen. Die untersten Tariflöhne im Gastgewerbe liegen knapp über sechs Euro. Davon kann man trotz Vollzeitarbeit nicht leben. Hinzu kommt: Mehr als die Hälfte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist sogar in Betrieben ohne

Tarifbindung beschäftigt. Das Tor für Dumpinglöhne steht weit offen. Kein Wunder, dass der Nachwuchs ausbleibt.

Die Bundesregierung sieht tatenlos zu. Dabei ist ein gesetzlicher Mindestlohn, wie ihn die SPD-Fraktion fordert, nötiger denn je, damit Menschen von ihrer Arbeit leben können und Lohndumping auf dem Rücken der Beschäftigten verhindert wird. Der Placebo-Mindestlohn von Arbeitsministerin von der Leyen würde das Einfallstor für Niedriglöhne sogar noch weiter aufstoßen. Das beweist: Schwarz-Gelb sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land egal.